



**Geben wir dem #Chancenland
ein Update!**

**Größter Landeskongress
aller Zeiten!**
21./22. September

Tagungsort

Festhalle Schafbrücke
Am Stahlhammer 7
66121 Saarbrücken

Organisation

Landegeschäftsstelle
saarland@julis.de

Philipp Schäfer
philipp.schaefer@julis.de

Charlotte Fritz
fritz@julis.de

Pressekontakt

Marek Winter

winter@julis.de
01577/7928880

Anmeldung

Anmeldung und weitere
Informationen findest Du
auf julis-saar.de

TAGESORDNUNG

FREITAG, 21. SEPTEMBER

1. Eröffnung des Kongresses um 17:00 Uhr
 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
 3. Wahl eines Tagungspräsidiums und einer Zählkommission
 4. Genehmigung der Tagesordnung
 5. Feststellung der Dringlichkeit von Dringlichkeitsanträgen und Festlegen der Antragsreihenfolge nach Alex-Müller-Verfahren
 6. Grußworte
 7. Beratung von Anträgen auf Änderung der Satzung
 8. Rede und Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden und EU-Kandidaten der Jungen Liberalen Saar, **Julien François Simons**
 9. Aussprache
 10. Nachwahlen zum Landesvorstand
 - a.) Nachwahlen für Beisitzerposten
 - b.) ggf. weitere Nachwahlen
 11. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landeshauptausschuss der FDP Saar
 12. Rede des Landesvorsitzenden der FDP Saar, **Oliver Luksic, MdB**
 13. Antragsberatung
- Schwenken ab ca. 20:30 Uhr

SAMSTAG, 22. SEPTEMBER

- Fortsetzung der Tagesordnung vom Vortag ab 10:00 Uhr
14. Pitch
 15. Verschiedenes
 16. 18:00 Uhr: Ende des Kongresses

SCHWENKEN

Am Freitagabend werden wir nach dem ersten Part des Lakos zusammen nach klassisch saarländischer Art gemeinsam schwenken! Zum kleinen Preis gibt es Schwenker und Getränke.

MINDERJÄHRIG?

Minderjährige Teilnehmer/innen müssen eine Einverständniserklärung der Personenberechtigten zur Teilnahme am Landeskongress an die Landesgeschäftsstelle senden. Außerdem sind die Erziehungsaufgaben an eine eingesetzte Person zu übertragen. Beides ist mit dem Jugendschutzformular auf unserer Homepage möglich.

GAST/INTERESSENT?

Gäste und Interessenten sind bei unserem Landeskongress immer gerne willkommen. Wenn du dir unseren Lako nur anschauen willst, freuen wir uns über deinen Besuch. Melde dich bei deiner Ankunft am besten direkt beim Tagungsbüro.

Liebe JuLis, Freunde und Unterstützer,

sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich euch im Namen des Landesvorstand gemäß § 11 Abs. 2 unserer Satzung zu unserem zweiten Landeskongress 2018 nach Saarbrücken-Schafbrücke ein.

Ich freue mich auf euch!
Euer
Julien

ALLGEMEINE HINWEISE

ANMELDUNG

Du kannst dich online anmelden unter:
<https://julis-saar.de/anmeldung-herbst-lako/>

ANTRAGSFRIST

Anträge können bis zum **14. September** bei Dennis Hero (hero@julis.de) eingereicht werden.

REDE-, STIMM- UND ANTRAGS- BERECHTIGUNG

Rede-, stimm- und antragsberechtigt ist jedes ordentliche Mitglied der Jungen Liberalen Saarland.

VERPFLEGUNG

Für Essen und Getränke zu moderaten Preisen wird gesorgt sein.

Bei weiteren Fragen kannst du unseren Landesgeschäftsführer Philipp Schäfer kontaktieren (philipp.schaefer@julis.de).

Antragsnummer	Titel	Antragssteller	Stand	Verweisungen	Sunset-Frist
A 001/18	Interne Revision der Polizei durch unabhängige Bürgerbeauftragte aufwerten	LAK Innen und Recht	ausstehend	→LaKo Sept.18	
A 002/18	Krankenhausplanung im Saarland – wie man es richtig macht!	LAK Gesundheit, LAK Innen und Recht	beschlossen		10.09.2023
A 003/18	Kein Geschäft mit der Hoffungslosigkeit	LAK Gesundheit	ausstehend	→LaKo Sept.18	zurückgezogen
A 004/18	Ein klares Nein zur Atomkraft	LAK Wirtschaft, Verkehr, Energie, Umwelt	ausstehend	→LaKo Sept.18	
A 005/18	Unser Beitrag zur weltbesten Bildung	LAK Bildung	beschlossen		07.04.2023
A 006/18	Schulqualität heißt Lehrerqualität	urspr. LAK Bildung LaVo Saar mit Änderungen	ausstehend	→LaKo Sept.18	
A 007/18	Zugänglichkeit ermöglichen	Julien Simons, Marek Winter, Jan Jakob Langer	beschlossen		10.09.2023
A 008/18	Brücken bauen – Partnerschaften knüpfen	KV Saarbrücken-Land	ausstehend	→LaKo Sept.18	
A 009/18	Freiwillige Rentenversicherung für Prostituierte (Nuttenversicherung)	BV Saarbrücken	ausstehend	→LaKo Sept.18	
A 010/18	Duales Abitur einführen! Für Vielfalt in der Bildung!	Lasse Strauß	ausstehend	→LaKo Sept.18	
A 011/18	Entkriminalisierung aller Drogen	Luca Stephan, Charlotte Fritz, Lasse Strauß	beschlossen		07.04.2023

A 012/18	EuropU (unsere) Uni muss europäischer werden	Marek Winter, Julien Simons	ausstehend	→LaKo Sept.18	
A 013/18	Mein Körper, mein Recht auf Information	Maria Kinberger, Luca Stephan, Clarisse Backes, Julian Konrad, Leonhard Beck, Johannes Eckardt, Wendy Petereit, Dennis Hero, Julien Simons, Karsten Thomaser	beschlossen		[[Datum der damaligen eLaVo-Sitzung
A 014/18	#P16	LaVo JuLis Saar	ausstehend	→LaKo Sept.18	
A 015/18	Widerspruchsregelung statt Organspendeausweis auch in Deutschland	KV Merzig-Wadern	beschlossen		07.04.2023
A 016/18	Mitgestaltungsrecht auch für Jugendliche durch Einrichtung von Jugendparlamenten im Saarland	KV Merzig-Wadern	beschlossen		10.09.2023
A 017/18	Demokratische Erneuerung erforderlich – Begrenzung der Amtszeit der Kanzlerin/des Kanzlers	KV Merzig-Wadern	beschlossen		07.04.2023
LaKo Sept'18	neu eingereichte Anträge bis 14.0918				
A 018/18	Zukunftskonzept Saar - Perspektiven schaffen	LaVo Saar	ausstehend (fristgerecht)		
A 019/18	Kommunalfinanzen	Eric Spaniol, Dennis Hero, Julien Simons	ausstehend (fristgerecht)		

A 020/18	Beitragsordnung der Jungen Liberalen Saar	LaVo Saar	ausstehend (fristgerecht)		
A 021/18	Kommune – jung und liberal	LAK Kommunales	ausstehend (fristgerecht)		
A 022/18	Abhängigkeit ist kein „Lifestyle“	Maria Kinberger, Olga Reichold, Julien Simons	ausstehend (fristgerecht)		
A 023/18	Vorsorge ist besser als Nachsorge	LAK Gesundheit	ausstehend (fristgerecht)		
A 024/18	Pseudogleichstellung beheben – Blutspenden für homosexuelle Männer auch ohne Zölibat	KV Saarpfalz	ausstehend (fristgerecht)		
A 025/18	Kinderwunsch realisieren - Kinderwunschbehandlung ermöglichen	LAK Gesundheit	ausstehend (fristgerecht)		
A 026/18	Keine demographische Planwirtschaft auf Kosten von Versicherten	LAK Gesundheit	ausstehend (fristgerecht)		
A 027/18	Individuelle Mitgliederbetreuung für mehr Attraktivität	KV Saarpfalz	ausstehend (fristgerecht)		
A 028/18	24h KiTas braucht das Land	KV Saarpfalz	ausstehend (fristgerecht)		
A 029/18	Selbstbestimmung auch nach dem Tod – Abschaffung des Friedhofzwanges	Olga Reichold	ausstehend (fristgerecht)		
A 030/18	Gerechte Wahl auch im Saarland	Maria Kinberger, Jan Jakob Langer	ausstehend (fristgerecht)		
A 031/18	Hygiene darf kein Luxus sein	BV Saarbrücken	ausstehend (fristgerecht)		
A 032/18	Freiheit für Händler und Verbraucher – Öffnungszeiten im Saarland endlich anpassen!	BV Saarbrücken	ausstehend (fristgerecht)		
A 033/18	Reform des Religionsunterrichts	Liberale Schüler Saar, BV Saarbrücken, Maria Kinberger	ausstehend (fristgerecht)		
A 034/18	Für einen angemessenen Umgang mit Glyphosat	BV Saarbrücken	ausstehend (fristgerecht)		

A 035/18	Verkehrssicherheit erhöhen – Countdown-Ampeln einführen	KV Merzig-Wadern	ausstehend (fristgerecht)		
A 036/18	Staatliches Gewaltmonopol sichern	Marek Winter, Julien Simons	ausstehend (fristgerecht)		

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 018/18

Antragssteller: Landesvorstand Junge Liberale Saar

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Leitantrag: Saarupdate - Perspektiven schaffen

1 Die Jungen Liberalen Saar stehen für ein modernes, zukunftssicheres und wirtschaftlich starkes
 2 Saarland ein. Ein hochverschuldeter Haushalt, Abwanderung in andere Bundesländer unterstützt vom
 3 demographischen Wandel, eine schwache Wirtschaftsentwicklung in Zeiten von einem anhaltenden
 4 wirtschaftlichen Aufschwung sowie außenhandelspolitische Herausforderungen wie zB drohende
 5 Strafzölle oder ein britischer EU-Austritt verlangen nach einem breit aufgestelltem Konzept zur
 6 Fortentwicklung des kleinsten Flächenbundeslandes. Ziel der Arbeit der Jungen Liberalen Saar auf
 7 Landesebene ist es, wieder Perspektiven für junge Menschen im Saarland zu schaffen, die bisher
 8 immer mehr schwinden. Dazu sollen folgende Maßnahmen forciert werden:

9 Digitalisierung

10 Auch wenn in diesem Bereich schon Fortschritte erzielt wurden, dürfen die Bemühungen um eine
 11 digitale Revolution nicht nachlassen. Die von der Bundesregierung anvisierten 50Mbit/s sind zwar ein
 12 Schritt in die richtige Richtung. Wenn das Saarland aber zu den führenden IT-Standorten in
 13 Deutschland gehören soll, muss ein flächendeckender Breitbandausbau bis zu 100Mbit/s durchgeführt
 14 werden, um einen Doppelausbau zu vermeiden. Nicht vergessen werden darf auch der
 15 Mobilfunkbinnenmarkt innerhalb Europas, auf den das Saarland durch seine Grenznähe angewiesen
 16 ist. Die Jungen Liberalen stehen auf europäischer Ebene für die Abschaffung aller noch bestehenden
 17 Roaming-Gebühren ein. Schließlich muss die digitale Verwaltung weiterhin als bürgerfreundliche
 18 Erleichterung zügiger umgesetzt werden, welches eine Anpassung der Umsetzungsfristen im eGovG
 19 verlangt.

20 Infrastruktur

21 Schon heute zeichnet sich das Saarland durch ein dichtes Autobahnnetz und gute
 22 Verkehrsanbindungen durch den Flughafen Saarbrücken sowie mittels der Anbindung an die
 23 Hochgeschwindigkeitsstrecke Frankfurt-Paris aus. Dennoch bleibt bei Betrachtung der
 24 Gesamtinfrastruktur immer noch ein erhebliches Ausbaupotenzial, um eine optimale Anbindung und
 25 damit ein effektiverer Waren- und Personenverkehr umzusetzen. Eine leistungsfähige Infrastruktur
 26 gehört auch im digitalen Zeitalter immer noch zu den wichtigsten Standortfaktoren.

1 Luxembourg als eine der europäischen Hauptstädte muss direkt mittels Fernverkehrsbahnstrecke an
2 Saarbrücken angebunden werden, die Fahrtzeit auf der Nahetal-Strecke kann durch einen
3 konsequenten Ausbau im Hunsrückabschnitt wesentlich verkürzt werden, um den Flughafen Frankfurt
4 besser an das Saarland anzubinden. Auch die schon lange gebetsmühlenartig geforderte
5 Saarbahnanbindung zur Uni sowie die Verbindungsoptimierung an den Campus Homburg müssen
6 endlich in Angriff genommen werden. Des Weiteren soll eine Evaluation der bestehenden
7 Gleisinfrasturktur durchgeführt werden.

8 Autobahnlückenschlüsse (zB Daun-Blankenheim A1, A620 an A 623 bzw. A1 an A620 in
9 Saarbrücken) sorgen für einen schnelleren Verkehrsfluss, was sowohl dem Personen- als auch
10 Warentransport zugutekommt. Ebenso muss der Autobahnvollanschluss „Messe“ realisiert werden.

11 Gerade der ländliche Raum lebt von einer guten Anbindung an die umliegenden Zentren. Daher
12 fordern die Jungen Liberalen Saar die Realisierung der Nordsaarlandstraße sowie einen effektiveren
13 ÖPNV auf dem Land, bei dem die Kommunikation zwischen Verkehrsunternehmen und Kunden
14 reibungslos funktionieren sollte (zB via SaarVV-App, digitale Fahrgastanzeigen).

15 Die Saar bietet durch ihre Funktion als Bundeswasserstraße Entlastungspotenzial für den LKW-
16 Verkehr. Dazu müssen aber auf dem Weg zum Rhein die Moselschleusen modernisiert und
17 durchgängig auf zwei Kammern ausgebaut werden. Als Zukunftsprojekt in diesem Zusammenhang
18 setzen sich die Jungen Liberalen Saar für einen Ausbau der bestehenden Containerhäfen an der Saar
19 ein.

20 Bildung

21 Die Verfügbarkeit von Fachkräften ist gestern wie heute ein zentraler Standortfaktor. Die Jungen
22 Liberalen Saar möchten das Saarland als Fachkräfteschmiede stärken und fordern daher umgehend
23 den Abbruch der Einsparungen bei saarländischen Hochschulen. Aufgrund der Nähe zu Frankreich
24 und Luxembourg und den Anfängen der „Frankreichstrategie“ sind im Saarland Französischkenntnisse
25 vergleichsweise gut ausgeprägt, was sich als wesentlicher Standortfaktor abzeichnet. Nichtsdestotrotz
26 darf Französisch nicht die einzige geförderte Fremdsprache im Saarland sein. Auch Englisch als
27 weltumfassende Geschäftssprache verdient die gleiche Anerkennung. Folglich sprechen sich die
28 Jungen Liberalen Saar gegen die Forcierung auf Französisch im Sprachunterricht aus und setzen sich
29 für eine gleichberechtigte Vertiefung der Französisch- und Englischkenntnisse ein. In diesem
30 Zusammenhang werden die Einrichtung und stärkere Vermarktung von Azubi-Austauschprogrammen
31 europaweit nach dem Vorbild bestehender Erasmusstrukturen für Studenten gefordert sowie sich für
32 die Ansiedlung einer internationalen Schule auch außerhalb Saarbrückens eingesetzt.

33 Gründerförderung/Ansiedlungspolitik

34 Neugründungen leisten einen wesentlichen Bestandteil zum Erhalt der Wirtschaftskraft einer Region,
35 sodass mittlerweile ein Wettbewerb zwischen verschiedenen Regionen einsetzt. Um hierfür gut

1 aufgestellt zu sein gilt es, Gründern ein Umfeld zu bieten, das ihren beruflichen Bedürfnissen und
2 Vorstellungen entspricht. Um den Start in die Selbstständigkeit nicht nur durch Messen und
3 Dialogveranstaltungen zu erleichtern, setzen sich die Jungen Liberalen für die Schaffung einer
4 landesweiten Gründungs-Koordinationsstelle ein. Diese soll:

- 5 - potenzielle Gründer anwerben
- 6 - als Ansprechpartner für Gründungsinteressierte fungieren
- 7 - Paten an StartUps (möglichst aus der gleichen Branche) vermitteln, um Erfahrungen
- 8 auszutauschen und best practise-Unterstützung zu bieten
- 9 - über bürokratische Hürden aufklären und das Absolvieren von Behördengängen erleichtern
- 10 - als Makler auf dem Fördermittelmarkt agieren

11 Gerade auf dem ländlichen Raum werden aufgrund demographischer Entwicklungen kommunale
12 Einrichtungen geschlossen und ohne Verwendung unterhalten. Diese Leerstände möchten die Jungen
13 Liberalen Saar in sog. „StartUp-Hubs“ umwandeln, wobei für jede Kommune ein individuelles Konzept
14 gefunden werden kann.

15 Neben Neugründungen soll sich weiterhin für das aktive Anwerben von Unternehmen und damit
16 Arbeitsplätzen und Perspektiven für Junge Leute eingesetzt werden. Die Jungen Liberalen fordern
17 daher die zuständigen Stellen um das Wirtschaftsministerium auf, öffentlich Bereitschaft zu
18 Verhandlungsgesprächen über Standortverlegungen ins Saarland zu zeigen und diese auch in die Tat
19 umzusetzen (zB Anwerben innovativer Technologieunternehmen, Erhalt von Zukunftstechnologien im
20 ZF-Werk Saarbrücken). Gleichzeitig sollen große, zusammenhängende – auch gemeindeübergreifend
21 – Industrie- und Gewerbeflächen (zB Gewerbeparks) eingerichtet werden.

22 Saarvoir-Vivre

23 Nicht zu unterschätzen ist auch die Lebensqualität, die das Saarland zu bieten hat, welche sich durch
24 eine leichte Adaption französischer Lebensart auszeichnet und dennoch einen eigenständigen
25 Charakter hat. Vereine leisten dabei einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt des örtlichen
26 Gemeinschaftsgefühls. Daher gilt es, diese nicht nur finanziell, sondern auch ideell bei den heutigen
27 Herausforderungen zu unterstützen (DSGVO, Hygienevorschriften, demographischer Wandel,
28 Veranstaltungsmanagement), beispielsweise durch die örtliche Kommunalverwaltung. Schließlich
29 leisten die suburbane Wohnlage sowie ein breites Kulturangebot den übrigen Beitrag, warum sich im
30 Saarland mittlerweile ein „Rückkehrer-Trend“ etabliert hat.

Die Begründung erfolgt mündlich

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 001/18

Antragssteller: LAK Innen und Recht

Der Landeskongress möge beschließen:

Interne Revision der Polizei durch unabhängige Bürgerbeauftragte aufwerten

- 1 Die Jungen Liberalen Saar fordern von der Landesregierung und dem Landtag die Schaffung eines
- 2 unabhängigen Bürgerbeauftragten, der sowohl für die Bürgerinnen und Bürger, als auch die
- 3 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten eine Anlaufstelle für Beschwerden und Anzeigen gegen die
- 4 Vollzugspolizei bieten soll.
- 5 Zur effektiveren Umsetzung der Abwehrmöglichkeiten des Bürgers gegen die Polizei sind die
- 6 Vollzugspolizisten verständlich zu kennzeichnen.
- 7 Die Stelle soll als unabhängige Instanz vorzugsweise bei der Legislative, dem Landtag des
- 8 Saarlandes angesiedelt werden und eine ähnliche Position wie die Beauftragte für den behördlichen
- 9 Datenschutz einnehmen. Sie soll keinem Geschäftsbereich unterstellt sein und ist in der
- 10 Haushaltsplanung mit den zur Erfüllung der Aufgaben notwendigen Mitteln zu berücksichtigen.
- 11 Der Beauftragte ist mit eigenen Ermittlungskompetenzen auszustatten und soll mit entsprechender
- 12 Personalisierung aus Polizei und Justiz eine die Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft
- 13 ergänzen. Diese Stelle führt zudem eine jährliche Statistik über die Anzahl Ermittlungsverfahren,
- 14 Anklagen und Verurteilungen von Polizisten.
- 15 Die Ermittlungen bei Dienstvergehen laufen parallel zur beim Landespolizeipräsidium angesiedelten
- 16 Stelle „LPP 321 Disziplinarangelegenheiten“. Der Beauftragte hat die Möglichkeit gegen diese
- 17 Ermittlungsergebnisse Widerspruch einzulegen. Bei strafrechtlichen Angelegenheiten sind die
- 18 Ergebnisse bei der Staatsanwaltschaft vorzulegen.
- 19 Die praktische Umsetzung sieht dabei vor, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit Einwendungen
- 20 an den Beauftragten wenden, wenn sie die Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahme in Frage
- 21 stellen oder ein persönliches Fehlverhalten der Beamten vermuten. Gleiches gilt für Polizeibeamte, die
- 22 im Dienst Fehlverhalten beobachten oder Opfer von Benachteiligung werden. Für diese muss der
- 23 Dienstweg nicht eingehalten werden. Auf Wunsch muss Anonymität garantiert werden.

Die Begründung erfolgt mündlich.

Grafische Darstellung:

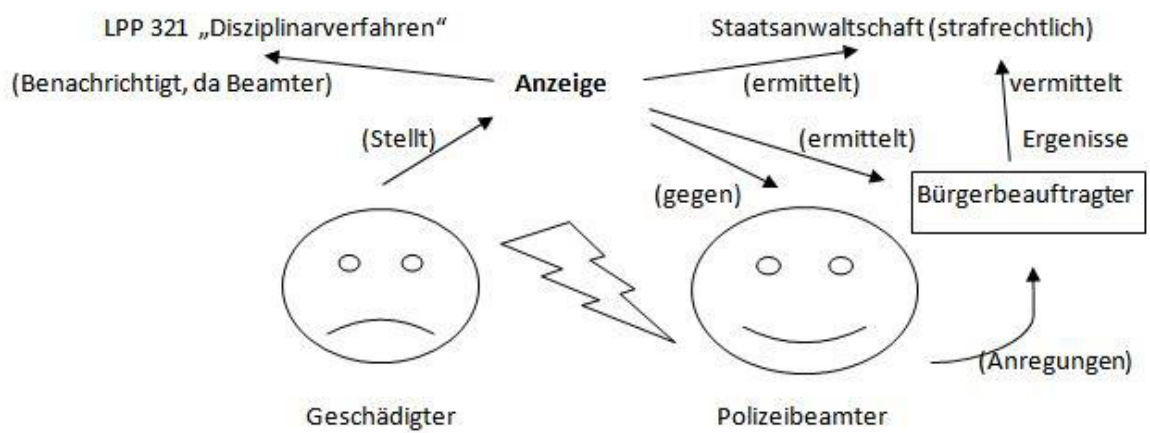


Abb. 1 grafische Funktionsdarstellung des Bürgerbeauftragten für interne Polizeiermittlung

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 004/18

Antragsteller: LAK Wirtschaft, Verkehr, Energie, Umwelt

Der Landeskongress der Jungen Liberalen möge beschließen:

Ein klares Nein zur Atomkraft

- 1 Die Jungen Liberalen Saar lehnen explizit den kommerziellen Betrieb von Atomreaktoren der
- 2 Generation III und III+ ab und befürworten die Abschaltung aller AKWs auf deutschem Boden bis
- 3 2022. Kernreaktoren der Generation IV müssen erst marktreif entwickelt werden, um den
- 4 wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Nutzen sowie evtl. gesellschaftliche, wirtschaftliche und
- 5 umwelttechnische Risiken gegeneinander abwägen zu können.
- 6 Dem erheblich bestehenden Forschungsbedarf bezüglich Reaktoren der Generation IV muss auch
- 7 unter deutscher Beteiligung auf internationaler Ebene in den entsprechenden Gremien begegnet
- 8 werden. Dazu werden bestehende rechtliche wie monetäre Hindernisse abgebaut, die die Erforschung
- 9 neuer nuklearer Stromerzeugungsmethoden, namentlich bleigekühlte, natriumhaltige,
- 10 Hochtemperatur- und Flüssigsalzreaktoren sowie Kernfusionsanlagen, durch deutsche
- 11 Forschungsinstitute behindern.
- 12 Eine Wiedereinführung der Kernenergie sollte sich für den Fall offengehalten werden, wenn sich eine
- 13 Reaktortechnologie hinsichtlich aller wissenschaftlich absehbaren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen
- 14 und umweltpolitischen Kosten als vorteilhaft im Vergleich zu erneuerbaren Energien erweist. Damit
- 15 einhergehend sollte die Wiederaufbereitung von Brennstoffmaterial wieder aufgenommen werden, um die
- 16 anfallende Atomabfallmenge zu reduzieren.
- 17 Die Suche nach einem geeigneten Endlager für den bisher angefallenen Atomabfall soll auf
- 18 europäischer Ebene ergebnisoffen unter Berücksichtigung der Rückholbarkeit erfolgen. Ist eine
- 19 europäische Lösung nicht möglich, so soll ausschließlich in Deutschland durch hier steuerzahlende
- 20 Unternehmen angefallener Atomabfall im Staatsgebiet der Bundesrepublik untergebracht werden. Eine
- 21 entsprechende Umverteilung der Langzeitkosten auf die Verursacher mittels einer Lagerungssteuer
- 22 sollte in Betracht gezogen werden. Als mögliches Finanzierungsmodell eignen sich Stiftungen und
- 23 Fonds, wie sie auch die Montanindustrie zur Bewältigung ihrer Ewigkeitsaufgaben eingerichtet hat.
- 24 Das grenznahe Kernkraftwerk Cattenom muss besser gestern als morgen abgeschaltet worden sein.
- 25 Die Jungen Liberalen Saar fordern die französische Regierung und den Betreiber EDF auf, sich ihrer
- 26 europäischen Verantwortung bewusst zu werden und alle grenznahen Standorte zeitnah vom Netz zu

- 1 nehmen. Jodtabletten, wie sie schon in Luxembourg an die Bevölkerung ausgegeben wurden, müssen
- 2 auch im Saarland an die Bevölkerung im Voraus ausgegeben werden und nicht erst im Falle eines
- 3 akuten Zwischenfalls.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 006/18

Antragssteller: Landesvorstand JuLis Saar

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Schulqualität heißt Lehrerqualität!

- 1 Lehrerinnen und Lehrer sind, egal in welcher Schulform sie tätig sind, die Zentralpersonen unseres
- 2 Bildungssystems. Sie sind diejenigen, die die Schülerinnen und Schüler fordern und fördern, mit ihnen
- 3 steht und fällt die Qualität der Bildung. Daher ist es ein großes Anliegen der Jungen Liberalen, die
- 4 Qualität der Lehrerschaft mit den folgenden Maßnahmen sicherzustellen und zu verbessern.
- 5 Um einen adäquaten Unterrichtsverlauf für alle Beteiligten zu gewährleisten, müssen Förderschulen
- 6 und Förderlehrerstellen ausgebaut und sich um die Besetzung dieser ausdrücklich bemüht werden.
- 7 Dabei muss das Kindeswohl im Vordergrund stehen. Förderschulen müssen erhalten bleiben, solange
- 8 die personelle, sachliche, räumliche und finanzielle Ausstattung dies zulässt und eine kindgerechte
- 9 Ausbildung gewährleistet ist. Dazu brauchen wir eine attraktive Besoldung und eine verstärkte
- 10 öffentliche Werbung über die Möglichkeiten des Studiums zu Förderschullehrern.
- 11 Gleichzeitig muss auch die Lehrerschaft einer Gemeinschaftsschule in gerechter Weise besoldet
- 12 werden. Wir fordern daher, alle Lehrpersonen mit gleicher Ausbildung auch gleich zu besolden und
- 13 Weiterqualifizierungsmöglichkeiten zu schaffen, um einen Karriereaufstieg innerhalb der Lehrerschaft
- 14 zu ermöglichen.
- 15 Die Jungen Liberalen sehen einen Schlüssel zu höherer Bildungsqualität, unabhängig von der
- 16 Schulform, in beträchtlich niedrigeren Klassenstärken. Diese herbei zu führen muss oberste Priorität
- 17 einer erfolgreichen Bildungspolitik sein.
- 18 Eine angemessene Zahl von Schülern pro Lehrer vorausgesetzt, müssen Anreize für einen
- 19 qualifizierten Unterricht geschaffen werden. Die Jungen Liberalen genügen sich nicht mit
- 20 sporadischen Lehrüberprüfungen durch die Schulleitungen. Vielmehr müssen in regelmäßigen
- 21 Abständen, auch über das 50. Lebensjahr hinaus Lehrkräfte durch unabhängige Beauftragte des
- 22 Kultusministeriums im Rahmen einer Lehrüberprüfung überprüft werden. Das Prüfergebnis muss eine
- 23 gewichtige Rolle bei Versetzungsbegehren spielen und durch Änderungen der Besoldung auch eine
- 24 erhebliche persönliche und finanzielle Bedeutung bekommen und nicht nur eine bürokratische
- 25 Lappalie darstellen.

1 Zusätzlich muss die dauerhafte Fortbildung der Lehrerschaft gewährleistet werden, damit der
2 Unterricht auch auf dem aktuellsten Stand erfolgt. Hierfür müssen Angebote geschaffen werden, die
3 dem neuesten Stand der Forschung entsprechen, unabhängig von fachlichen oder pädagogischen
4 Inhalten. Die Teilnahme an diesen Fortbildungen muss, im Sinne der Herstellung einer einheitlichen
5 Qualität des Unterrichts, für alle Lehrer ab einer gewissen Zeit nach Ablegen des zweiten
6 Staatsexamens verpflichtend sein. Deren Anforderungen dürfen nicht durch den bloßen Besuch,
7 sondern erst durch das Bestehen einer den Rahmen der Fortbildungsveranstaltung adäquat
8 abdeckenden Prüfung erfüllt werden.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 008/18

Antragsteller: Kreisverband Saarbrücken-Land

Der Landeskongress möge beschließen:

Brücken bauen – Partnerschaften knüpfen

- 1 Das Saarland als „Herz Europas“ kooperiert bereits eng mit den Nachbarn in der Umgebung im
- 2 Rahmen der Großregion SaarLorLux. Im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern hat das
- 3 Saarland allerdings noch keine einzige Partnerschaft mit Regionen anderer Länder geknüpft. Bayern
- 4 beispielsweise pflegt Kontakte zu südafrikanischen, chinesischen und indi-schen Regionen sowie zu
- 5 Québec und Georgia, Mecklenburg-Vorpommern hat Partnerregio-nen in Polen, Russland, Finnland
- 6 und Frankreich. Im Rahmen der Partnerschaften werden interkulturelle Messen abgehalten, im
- 7 Wissenschaftswesen kooperiert, Kontakte zwischen Schulen geknüpft und so der interkulturelle Dialog
- 8 nicht nur in Europa, sondern auch global gestärkt.
- 9 Daher fordern die Jungen Liberalen Saar, dass...
- 10 1. sich das Saarland aktiv um das Knüpfen solcher Partnerschaften außerhalb der Europäi-
- 11 schen Union bemühen muss, um Brücken zu anderen Ländern und Kulturen zu bauen. In
- 12 Betracht könnten hier auch Regionen in EU-Beitrittskandidaten wie Serbien (bspw. Vojvodina)
- 13 kommen.
- 14 2. das Saarland als erstes Bundesland eine Partnerschaft zu einer Region in Georgien an-strebt.
- 15 Georgien, eine einstige Sowjetrepublik, ist zu einem Staat auf Basis demokratischer und
- 16 liberaler Werte geworden. Gerade die Städtepartnerschaft Saarbrücken–Tiflis hat als erste
- 17 deutsch-sowjetische Städtekooperation Geschichte geschrieben, durch aktive Kon-takte mit
- 18 Regionen Georgiens (bspw. Adjarien) wird die Orientierung Georgiens gen Europa nicht nur
- 19 politisch (EU-Ostpartner), sondern auch kulturell und menschlich gefestigt.
- 20 3. auch Kontakte zu anderen Regionen innerhalb der EU, bspw. polnischen Woiwodschaften
- 21 oder tschechischen Krajs, aufgebaut und gepflegt werden.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 009/18

Antragsteller: Bezirksverband Saarbrücken

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Freiwillige Rentenversicherung für Prostituierte

- 1 Die Jungen Liberalen Saar fordern:
- 2 1. Die Abschaffung der Rentenversicherungspflicht für Angestellte Prostituierte. Jeder
- 3 Prostituierten, die in einem Bordell, Laufhaus, Saunaclub etc. angestellt ist, soll es freistehen
- 4 sich von der gesetzlichen Rentenversicherung befreien zu lassen.
- 5 2. Das Beibehalten und Ausbauen von Angeboten zur Wiedereingliederung von Prostituierten
- 6 mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung, die gewöhnlich von der Deutschen
- 7 Rentenversicherung getragen werden.
- 8 3. Schaffung kostengünstiger Umschulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten
- 9 4. Die Öffentlichkeit durch angemessene Maßnahmen für das Thema zu sensibilisieren um
- 10 Ressentiments und Stigmatisierung abzubauen.
- 11 5. Die Ergreifung entsprechender Maßnahmen um der Ausbeutung durch den Arbeitgeber
- 12 aufgrund der fehlenden Rentenversicherung entgegen zu wirken.

Begründung:

Durch das Prostituiertenschutzgesetz, welches seit 01.07.2017 in Kraft ist, wird eine Anmeldung als Prostituierte zur Voraussetzung dieses Gewerbe legal betreiben zu dürfen. Daraus folgt, dass alle Prostituierten, die in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt sind, Rentenversicherungspflichtig sind. Dies stellt für die Frauen und Männer in diesem Gewerbe eine erhebliche Belastung dar, da branchenüblich ein sehr hohes Bruttoeinkommen erwirtschaftet wird, jedoch auch beträchtliche Ausgaben für die Ermöglichung ihrer Arbeit tätigen müssen. Werbungskosten, Kosten für Arbeitskleidung usw. können zwar im Rahmen der Steuererklärung geltend gemacht werden, allerdings sind angestellte Prostituierte die regelmäßig ihre Steuererklärung einreichen eine Seltenheit. (Bedingt durch Sprachbarrieren, zeitlicher Aufwand, Kosten für Steuerberater etc.) Frauen

und Männer, denen es finanziell zuzumuten wäre ihren Rentenversicherungsbeitrag zu entrichten sind in aller Regel selbstständig tätig und folglich ohnehin nicht versicherungspflichtig. Ein weiterer Faktor der gegen eine Versicherungspflicht für Prostituierte spricht ist die sehr kurze Erwerbstätigkeitsdauer. Frauen und Männer die nach dem 40. Lebensjahr noch profitabel im käuflichen Gewerbe tätig sein können sind die Ausnahme, womit auch die Rentenansprüche im Alter rapide zurückgehen. Ganz zu schweigen von der Zeit bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres, mit dem erst ein Anspruch auf Rentenzahlung besteht. Zu guter Letzt sind gerade angestellte Prostituierte in ihrem Arbeitsumfeld schädlichen Einflüssen, wie bspw. Harten Drogen, Gewalt und posttraumatischem Stress, exponiert. Daraus resultiert eine erheblich gesenkte Lebenserwartung, die wiederum eine geringe Wahrscheinlichkeit dass überhaupt eine Rente in Anspruch genommen werden kann bewirkt. Es sei jedoch angemerkt, dass eine geringere Lebenserwartung als die der Durchschnittsbevölkerung statistisch nicht belegt werden kann, da keine offizielle Statistik zur Lebenserwartung von Prostituierten existiert.

Aus all dem folgt, dass ein Zwang zur Rentenversicherung für angestellte Prostituierte eine unverhältnismäßige finanzielle Belastung darstellt, die einen Anreiz dazu schaffen kann eine Anmeldung als Prostituierte zu umgehen und ein Dasein in der Illegalität, fernab des Schutzes der Behörden zu fristen. Solchen potentiellen Folgen gilt es frühzeitig, durch die oben beschriebenen Maßnahmen entgegen zu wirken.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 010/18

Antragssteller: Lasse Strauß

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Duales Abitur einführen! Für Vielfalt in der Bildung!

- 1 Das deutsche duale Ausbildungsmodell ist weltweit vorbildlich, aber das heißt nicht, dass wir es nicht
- 2 noch verbessern können. Wir Jungen Liberalen setzen uns deswegen dafür ein, dass - ähnlich wie in
- 3 Österreich - die Möglichkeit ein duales Abitur abzulegen, eingeführt wird. Das bedeutet, dass man
- 4 nach dem Bestehen der 10. Klasse eines Gymnasiums oder dem erfolgreichen Ablegen der Mittleren
- 5 Reife auf ein entsprechendes berufspraktisches Gymnasium wechselt und dort neben der
- 6 Allgemeinen Hochschulreife (e.g. das Abitur) auch eine berufsqualifizierende Ausbildung in einem
- 7 Lehrbetrieb erwirbt. Auf diesen berufspraktischen Gymnasien sollen neben den Kernfächern
- 8 Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache auch ausbildungsbezogene Fächer (wie z.B.
- 9 Psychologie und Pädagogik für angehende Erzieher) unterrichtet werden. Ähnlich wie in der dualen
- 10 Ausbildung sollen dabei gewisse Tage in der Woche im Lehrlingsbetrieb und die anderen im
- 11 berufsqualifizierenden Gymnasium verbracht werden. Nach Abschluss der Ausbildung legt man eine
- 12 schriftliche Abiturprüfung in den Kernfächern und in einem ausbildungsbezogenen Fach ab (also
- 13 insgesamt vier), was den theoretischen Teil der Gesellenprüfung ersetzt, sowie den praktischen Teil
- 14 der Gesellenprüfung, was die mündliche Abiturprüfung ersetzt. Mit erfolgreichem Bestehen dieser
- 15 Prüfungen erhält man dann sowohl das Abiturzeugnis, als auch den Gesellenbrief.

Begründung:

Jeder Mensch ist anders und jeder Mensch gestaltet seinen Lebensweg auf seine eigene Weise. Diesem Umstand muss die Politik Rechnung tragen, indem sie vielfältigere Möglichkeiten in der Ausbildung junger Menschen zulässt.

Die duale Ausbildung würde jungen Menschen nach dem Abitur mehr Freiheit geben. Neben dem klassischen Weg ein Studium zu beginnen, kann man seinem Meister oder Techniker machen oder erstmal in seinem Ausbildungsberuf arbeiten. Man wäre während des Studiums finanziell abgesicherter und wäre auch sozial gesicherter, da man – ob das Studium gelingt oder nicht – immer in den Ausbildungsberuf wechseln könnte. Der letzte Punkt ist vor dem Hintergrund eines sich ständig ändernden Anspruchsprofil in der freien Wirtschaft, heutzutage umso wichtiger.

Zusammenfassend kann man sagen, dass man mit einem dualen Abitur in der Tasche mit mehr Möglichkeiten und größerer sozialer Sicherheit in Zukunft sehen kann.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 012/18

Antragssteller: Marek Winter, Julien Simons

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

EuropU (unsere) Uni muss europäischer werden

- 1 Die Jungen Liberalen Saar fordern die Landesregierung auf, sich aktiv um die Ansiedlung oder
- 2 Gründung einer europäischen Universität mit Partner aus Luxemburg und Frankreich zu bemühen.
- 3 Der Idee des französischen Präsidenten Macron folgend wird eine trinational geführte Universität
- 4 angestrebt.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 014/18

Antragssteller: Landesvorstand JuLis Saar

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

#P16

- 1 Das allgemeine Wahlalter soll für alle Ebenen des politischen Systems in Deutschland auf 16 Jahre
- 2 herabgesenkt werden. Als Zwischenschritt fordern wir die Einführung des aktiven Wahlrechts ab dem
- 3 16. Lebensjahr im Saarland. Dieses Recht umfasst alle Wahlentscheidungen bis zu den
- 4 Landtagswahlen
- 5 Als mögliche Unterstützer sehen wir alle politischen Jugendorganisationen im Saarland. Allerdings
- 6 dürfen auch andere Jugendverbände (wie beispielsweise der Landesjugendring) nicht außer Acht
- 7 gelassen werden. Vielmehr noch: unserer Ansicht nach ist es wichtig, die Forderung zu entpolitisieren,
- 8 um keine parteigebundenen Abneigungen anzuziehen. Gerade vor diesem Hintergrund scheint es
- 9 wichtig, die JuLis als Initiatoren, das Projekt aber als überparteilich, darzustellen. Hier bietet es sich
- 10 an, dass der JuLi-Landesvorsitzende direkt in seiner Funktion den Kontakt zu den diversen Verbänden
- 11 sucht und aktiv dafür wirbt.
- 12 Neben den gängigen Medienvertretern (SZ, SR, Bild) werden wir auch versuchen kleinere
- 13 Institutionen, „Forum“, „Saarland Fernsehen“ und „Radio Saarbrücken“ für die Idee zu gewinnen.
- 14 Darüber hinaus werden wir auch aktiv Medien mit jüngerer Zielgruppe (bspw. Jugendmagazin „Chilly“
- 15 oder auch Radiosender wie Big FM und Radio Salve) kontaktieren.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 019/18

Antragssteller: Eric Spaniol, Julien Simons, Dennis Hero

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Kommunalfinanzen

- 1 In Anbetracht sich stetig verschlechternder Kommunalfinanzen erkennen die Jungen Liberalen Saar
- 2 einen dringenden Handlungsbedarf seitens des Landes an, um Kommunen vor drohender
- 3 Zahlungsunfähigkeit und damit auch ihrer Handlungsunfähigkeit zu bewahren.
- 4 Gleichzeitig **bekennen sich die Jungen Liberalen Saar zum kommunalen**
- 5 **Selbstverwaltungsrecht aus Art. 28 II 1 GG**, welches eventueller Rettungsmaßnahmen nicht zum
- 6 Opfer fallen darf. Kommunen als Keimzellen der Demokratie müssen ihren individuellen politischen
- 7 Entscheidungsspielraum behalten und genau diesen ausnutzen, um sich mit eigenen Ideen und
- 8 Konzepten zukunftssicher aufzustellen.
- 9 Die zur Zeit der Antragsstellung kursierenden Lösungsvorschläge „Saarlandkasse“ (CDU) und
- 10 „Kommunalkompakt Plus“ (SPD) lehnen die Jungen Liberalen Saar im Ergebnis ab. Dennoch sind
- 11 Investitionsspielräume und zielstrebige Tilgungslaufzeiten zu begrüßen.
- 12 Zu kritisieren sind jedoch die Mittel in Höhe von rund 50 Millionen Euro, die von Seiten der
- 13 Landesregierung zur Diskussion gestellt werden. Die saarländischen Kommunen wiesen im Jahr 2013
- 14 ein Haushaltsvolumen von 1,99 Milliarden Euro auf. Dies sind im Vergleich zu den 3,87 Milliarden
- 15 Euro Volumen des Landes im Vergleichszeitraum rund 50 % der im Land anfallenden Ausgaben. In
- 16 Anbetracht dessen fordern die Jungen Liberalen die Kommunen, an den ab 2022 zur Verfügung
- 17 stehenden 500 Millionen Euro an Mehreinnahmen, in einem angemessenerem Umfang zu beteiligen
- 18 und fordern den Betrag auf 100 Millionen Euro zu erhöhen.
- 19 Darauf aufbauend bringen die Jungen Liberalen Saar folgende Alternative als insgesamt dritte
- 20 Lösungsmöglichkeit in die Diskussion ein:

1. Bund muss bei Sozialkosten entlasten

- 21 Über die letzten zehn Jahre hinweg sind die Sozialleistungen um die Hälfte angestiegen. Dem
- 22 gegenüber standen jedoch keine spürbaren Mehreinnahmen bei den Kommunen. Die Kreise als

1 Lastenträger geben diesen Betrag über die Kreisumlage weiter an die ihnen angehörigen Städte- und
2 Gemeinden. Der Koalitionsvertrag der schwarz-roten GroKo sieht im Sozialkostenbereich eine
3 Entlastung in der Höhe von 5 Milliarden Euro vor. Die Jungen Liberalen fordern den umgehenden
4 Vollzug dieser Maßnahme und schlagen vor, ihn im Bereich der Hartz IV Wohngeldleistungen
5 umzusetzen. Dadurch können strukturschwache Kreise mit hoher Arbeitslosigkeit effizient entlastet
6 werden. Diese Maßnahme eignet sich insbesondere, da der Ermessensspielraum von Seiten der
7 Behörde gering ist und somit eine bundesweit vergleichbare Entlastung herbeigeführt werden kann.

2. Land: Deckende Finanzierung der Auftragsverwaltung

8 Die kommunale Finanzautonomie ist in der Praxis weitestgehend von bundes- und landesgesetzlichen
9 Regelungen geprägt. Dies trifft auch auf die Finanzausstattung der Kommunen zu, die eigenständig
10 nur einige wenige Einnahmen generieren können. Die Aufgaben und damit auch Ausgaben sind den
11 Kommunen überwiegend staatlicherseits auferlegt. Dies reicht vom Einwohnermeldewesen, über die
12 KiTa-Platz Garantie bis hin zur Bereitstellung einer unteren Bauaufsichtsbehörde.

13 Für diese Tätigkeiten werden Ausgleichszahlungen geleistet, die bei weitem nicht dem erhöhten
14 Aufwand der Kommunen gerecht werden. Aus diesem Grund fordern die Jungen Liberalen die
15 grundlegende Überarbeitung des bestehenden, intransparenten und bürokratieintensiven
16 Zuwendungsmanagement und bestehen auf eine bedingungslos kostendeckende Entschädigung für
17 die Kommunen.

3. Entschuldung auf freiwilliger Basis

18 Die saarländischen Kommunen haben in den vergangenen Jahren Kassenkredite in Höhe von über 2
19 Milliarden Euro angehäuft. Diese eigenständig zurückzahlen stellt nahezu eine Unmöglichkeit dar.
20 Um diesen langfristig zu begegnen muss den Kommunen eine Möglichkeit gegeben werden diese
21 abbauen zu können. Dafür sollen die Gemeinden auf freiwilliger Basis ihre Schulden in einen
22 Zweckverband übertragen können. Dieser soll ein gemeinsames Schuldenmanagement betreiben und
23 je nach Umfang und Teilnehmerzahl mit einem Volumen von bis zu 50 Mio. € jährlich ausgestattet
24 werden. In diesen Zweckverband sollen die teilnehmenden Kommunen jährlich in Form eines noch zu
25 definierenden Eigenbeitrags einzahlen. Das Programm soll nach maximal 40 Jahren beendet werden.

26 Nach Teilnahme an dem Programm müssen die Kommunen dazu verpflichtet werden, neben einem
27 zu jedem Haushaltsjahr herbeizuführenden Haushaltsausgleich, auch keine neuen Schulden mehr
28 aufzunehmen. Durch diese Maßnahme sollen notleidende Kommunen unterstützt und Kommunen, die
29 solide gewirtschaftet haben, nicht abgestraft werden. Eine Zwangsmitgliedschaft und Schuldenunion
30 der saarländischen Städte- und Gemeinden lehnen die Jungen Liberalen entschieden ab.

4. Investitionsprogramm für Kommunen bereitstellen

Wobei im Saarland lediglich ein Wert von rund 203 Euro je Einwohner erreicht wurde, liegen die Investitionen der Kommunen im Jahr 2016 im Bundesdurchschnitt um 433 Euro je Einwohner. Dies ist alarmierend und ruft unmittelbar zum Handeln auf.

Das Land muss, parallel zum Entschuldungsprogramm ein für alle Kommunen zugängliches Investitionspaket bereitstellen, damit diese nachhaltige Investitionen bestreiten und damit die strukturellen Defizite der vergangenen Jahre aufarbeiten können. In Anbetracht der Neureglung der Bund Länder Finanzen ab 2020 steht den Kommunen nach unserer Auffassung daraus ein fester Teil in Höhe von 50 Millionen Euro zu, um Zukunftsinvestitionen tätigen zu können.

Diese Investitionen sind an den Beschluss des jeweiligen Gemeinderats gebunden und sollen u.a. neben dem flächendeckenden KiTa-Ausbau, der Modernisierung und Sanierung der Grund- und weiterführenden Schulen im Land zu Gute kommen. Darüber hinaus sollen sie auch zur Digitalisierung der Verwaltungsarbeit eingesetzt werden, um durch Kosteneinsparungen und Bürgerservice ein Mehrwert für die Kommune vor Ort zu erreichen.

5. Gemeinden wirtschaftlich aufstellen

Der Vorstoß der Landesregierung in Bezug auf die Entschuldung der Kommunen ist grundsätzlich nach wie vor begrüßenswert. Ohne aber für deren Gliederung ein zukunftsfähiges Konzept vorzuhalten und einer möglichen Kommunalreform weiter aus dem Weg zu gehen, verdeutlicht dies die fehlende Nachhaltigkeit des Vorhabens.

Die durchschnittliche Einwohnerzahl der gemeindlichen Verwaltungseinheiten in der Bundesrepublik liegt bei rund 12.000 Einwohnern, im Saarland liegt diese sogar bei bereits rund 20.000 Einwohnern. Neben vielen großen Einheiten finden sich jedoch auch einige Kommunen im Saarland, die diese Zahl stark unterschreiten und aufgrund zu kleiner Gemeindeverwaltungen weder wirtschaftlich arbeiten, noch den stetig komplexer werdenden Gesetzesvorschriften in professioneller Art und Weise gerecht werden können. Die Gebiets- und Verwaltungsstrukturen müssen hier per Gesetz neu geregelt und definiert werden.

Setzt man den Maßstab am Bundesdurchschnitt von 12.500 Einwohnern pro Verwaltungseinheit an, bedürften 22 der 52 Städte- und Gemeinden einer Reform. Nennenswert in diesem Zusammenhang sind insbesondere:

- Landkreis St. Wendel:

Oberthal, Namborn, Freisen, Nonnweiler, Tholey, Nohfelden, Marpingen

- Landkreis Merzig-Wadern

Weiskirchen, Perl, Mettlach

- 1 - Landkreis Saarlouis:
2 Ensdorf, Bous, Wallerfangen, Überherrn, Nalbach
3 - Saarpfalz-Kreis:
4 Gersheim, Mandelbachtal, Kirkel
5 - Regionalverband Saarbrücken:
6 Großrosseln, Friedrichsthal, Kleinblittersdorf
7 - Landkreis Neunkirchen:
8 Merchweiler

- 9 Bei der Fusion oder Neubildung von Gemeinden soll insbesondere darauf geachtet werden, dass
10 strukturschwache mit finanzstarken Kommunen zusammengeführt werden, um eine wirtschaftlich
11 sinnvolle Ausgangssituation nach der Reform zu erzielen. Danach soll sichergestellt werden, dass die
12 Hebesätze und Steuern zum Vollzugspunkt vergleichbar aufgestellt sind.
13 Ohne eine wirtschaftliche Ausgangssituation zu erreichen, ist eine Entschuldung der Städte- und
14 Gemeinden als sinnlos zu erachten.

6. Fazit: Mehr Kommunalen Wettbewerb

- 15 Die Jungen Liberalen im Saarland erneuern mit diesem Vorschlag ihr Bekenntnis zur kommunalen
16 Selbstverwaltung und möchten dadurch neben einer Entschuldung und Förderung der Kommunen,
17 einen gegenseitigen Wettbewerb der Ideen ermöglichen und durch das Mitwirken der Räte und
18 Verwaltungen in diesem Prozess anreizen neue Standortvorteile zu schaffen, wo vorher keine waren
19 und durch mehr Gestaltungsmöglichkeiten den Weg für attraktive, zukunftsorientierte Kommunen
20 schaffen.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 020/18

Antragssteller: Landesvorstand JuLis Saar

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Beitragsordnung der Jungen Liberalen Saar

Präambel

- 1 Diese Beitragsordnung stellt ein Beschluss des Landeskongresses iSv Punkt 19 Abs. 4 der Satzung
- 2 dar und kann somit mit einfacher Mehrheit geändert werden.

3 § 1 Höhe des Mitgliedsbeitrags

- 4 ¹Der Mitgliedsbeitrag beträgt für alle Mitglieder 2,50€ im Monat. Jederzeit kann ein Mitglied freiwillig
- 5 auch einen höheren Beitrag entrichten. ²Dabei müssen aber äußere Zwänge oder andere
- 6 Einwirkungen durch andere ausgeschlossen sein.

7 § 2 Zahlungsmodalitäten

- 8 Der Mitgliedsbeitrag wird jährlich im Januar mittels Lastschriftmandats durch den Stellvertreter für
- 9 Finanzen für das komplette Jahr im Voraus eingezogen. Tritt ein Mitglied während des Jahres bei, so
- 10 ist der Beitrag nur für die tatsächliche Dauer der Mitgliedschaft zu entrichten, wobei der Monat des
- 11 Beitritts mitgezählt wird. Scheidet ein Mitglied im laufenden Jahr aus dem Verband aus, so sind die
- 12 durch den Jahreseinzug schon entrichteten, restlichen Monatsbeiträge bis Jahresende
- 13 zurückzuzahlen, wobei der Monat des Austritts nicht berücksichtigt wird. Sofern kein Lastschriftmandat
- 14 gewünscht ist, kann ein Mitglied auch eigenständig den Jahresbeitrag entrichten, Barzahlungen sind
- 15 ausgeschlossen.

16 § 3 Ausnahmeregelungen

- 17 In begründeten Ausnahmefällen, insbesondere bei persönlichen finanziellen Schwierigkeiten, kann auf
- 18 Antrag Minderung, Ratenzahlung oder Erlass des Monats- bzw. Jahresbeitrags durch den
- 19 Landesvorstand gewährt werden. Kein Mitglied soll durch den Mitgliedsbeitrag eine unerträgliche
- 20 finanzielle Belastung erfahren.

1 § 4 Säumnis

2 Ausstehende Mitgliedsbeiträge können bis zu 3 Jahre rückwirkend eingefordert werden. Stehen
3 Beitragszahlungen aus, so ist das Mitglied unverzüglich zu mahnen. Dabei ist eine zweiwöchige
4 Zahlungsfrist zu setzen und die über die Konsequenzen des Rückstandes gemäß Punkt 4 Abs. 4 der
5 Satzung zu informieren. Nach Ablauf der Frist und unterbliebener Zahlung kann ein Säumniszuschlag
6 in Höhe von 10% erhoben werden.

7 § 5 abschließende Regelungen

8 Geschäftsjahr ist jeweils das Kalenderjahr. Diese Beitragsordnung tritt mit sofortiger Wirkung (Datum
9 des Beschlusses) in Kraft.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 021/18

Antragssteller: LAK Kommunales

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Kommune – jung und liberal

1 Wir Junge Liberale setzen uns für eine starke kommunale Basis ein, die den Menschen in den
2 Mittelpunkt stellt. Freiheit bedeutet für uns, dass Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit selbstbestimmt
3 und eigenverantwortlich zusammenleben können. Erst diese Freiheit verschafft ihnen den Raum, um
4 in Würde ihr Glück zu suchen. Die Kommune muss ein Umfeld schaffen, in dem diese Freiheit
5 gewährleistet wird und die Grundlagen geschaffen werden, in denen Menschen gut zusammenleben.

6 Voraussetzung für eine generationengerechte Politik ist die solide Finanzierung der Kommunen.
7 Deshalb fordern wir grundsätzlich die Einhaltung des Bestellerprinzips (Konnexitätsprinzip) und den
8 Abbau von Schulden.

1. Jugendparlamente

9 Die Jungen Liberalen fordern die Einrichtung von Jugendparlamenten in saarländischen Städten und
10 Gemeinden. Der Jugend sollte eine konkrete Partizipationsmöglichkeit in der Politik ihrer Städte und
11 Gemeinden gegeben werden. Jugendparlamente sind bereits heute in vielen europäischen und
12 deutschen Städten und Gemeinden ein erfolgreicher Weg Jugendliche für Politik zu interessieren.

13 Diese haben oft einen anderen Blickwinkel wie die bereits, oftmals langjährigen, etablierten
14 Kommunalpolitiker. Die Jugend kann somit durch neue und frische Anregungen in den Stadt bzw.
15 Gemeinderäten aktiv die Kommunalpolitik und damit auch ihr direktes Lebensumfeld mitgestalten.

2. Legal Sprays

16 Um illegales Sprays zu verringern, fordern wir Junge Liberale die Freigabe von Flächen, an denen
17 Sprayer ihre Kunst anbringen können. Diese Flächen könnten an öffentlichen Gebäuden der einzelnen
18 Kommunen geschaffen oder von Privaten zur Verfügung gestellt werden. Durch eine Webseite sollen
19 alle Flächen veröffentlicht werden.

20 Darüber hinaus setzen wir uns für öffentliche Wettbewerbe ein, bei denen die Materialkosten durch die
21 Städte getragen werden.

3. ÖPNV

- 1 Im ÖPNV fordern wir die Modernisierung um diesen zukunftssicher zu gestalten.
- 2 Wir wollen weg von den bis jetzt eingesetzt Nachtbussen und diese durch Sammeltaxis/Jugendtaxis
3 ersetzen nach dem Vorbild ÜberPOOL.
- 4 Danach sollen die Jugendtaxis per App besser vernetzt und die momentan bereitgestellten
5 Subventionen erhöht werden.
- 6 Ebenfalls wollen wir, dass unser Bundesland Vorreiter und Modellregion im Bereich der autonom
7 fahrenden Busse wird, vor allem in ländlichen Regionen. Der ÖPNV sollte auch durch Digitalisierung
8 effizienter gestalten werden, besonders in ländlichen Gebieten. Die Busse sollten mit WLAN und USB-
9 Ladesteckern ausgerüstet werden (bei Neuanschaffungen oder ggf. bei Aufrüstungen).
- 10 Die Wabenstruktur des ÖPNVs sollte reformiert bzw. vereinfacht werden um eine effizientere
11 Preisgestaltung zu ermöglichen und mehr Preistransparenz für die Fahrgäste zu schaffen.

4. Ladenöffnungszeiten

- 12 Wir wollen flexible Ladenöffnungszeiten ermöglichen: Jedes Geschäft soll demnach selbst
13 entscheiden können, wann es öffnet und schließt. Auch das Arbeitsverbot an Sonn- und Feiertagen ist
14 antiquiert und soll durch eine Regelung mit flexiblen Mindesturlaubstagen ersetzt werden.
- 15 Die Kommunen sollten nicht gezwungen sein, rechtsunsichere Regelungen zu erlassen.

5. Drogenkonsumräume schaffen

- 16 Wir fordern die Zahl der Drogenkonsumräume zu erhöhen. Die bestehenden Räume werden gut
17 angenommen und zeigen den Bedarf. Daher sollte in jedem Landkreis mindestens ein Raum
18 eingerichtet werden.
- 19 Ebenfalls sollte in diesen Räumen Präventionsmaßnahmen angeboten werden und Hilfe zur
20 Verfügung stehen.

6. eGovernment

- 21 Die Verwaltung muss die Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen. Einerseits kann die Arbeit
22 der Verwaltung dadurch effektiver und ökonomischer gestaltet werden, zum anderen bieten digitale
23 Maßnahmen die Möglichkeit, die Verwaltung bürgerfreundlicher und serviceorientierter auszurichten.
- 24 Die Landesregierung unterstützt die Gemeinden hierbei noch zu wenig. Deshalb fordern wir ein
25 schnelleres Vorgehen und die Entwicklung eines Gesamtkonzepts.

7. Sicherheit

- 1 Freiheit und Sicherheit sind zwei Seiten einer Medaille. Um dem staatlichen Gewaltmonopol gerecht
2 zu werden, ist es originäre staatliche Aufgabe, Sicherheit zu garantieren. Deshalb fordern wir Junge
3 Liberale eine bessere finanzielle, sachliche und personelle Ausstattung der Polizei.

8. Weltbeste Bildung

- 4 Wir Junge Liberale setzen uns für die weltbeste Bildung ein. Zwar weisen die meisten weiterführenden
5 Schulen inzwischen Smartboards und Computerräume auf, allerdings geht die Ausstattung meist nicht
6 darüber hinaus. Im jetzigen Tempo kann dies so nicht weitergehen. Nur wenige Schulen bieten W-
7 LAN an. Gerade ältere Lehrkräfte sind mit digitalen Medien nicht vertraut. Die Kommunen sind für die
8 Ausstattung der Grundschulen verantwortlich, die Kreise für die Ausstattung der weiterführenden
9 Schulen.
- 10 Deshalb fordern wir, dass die Schulen modern ausgestattet werden und das Lehrpersonal
11 entsprechend ausgebildet wird-
- 12 Zudem fordern wir mehr Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen, um Mobbing effektiver verhindern
13 zu können und damit ein Lernumfeld zu schaffen, in dem sich jeder Schüler wohl fühlt.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 022/18

Antragssteller: Maria Kinberger, Olga Reichold, Julien Simons

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Abhängigkeit ist kein „Lifestyle“

- 1 Pro Jahr sterben in Deutschland geschätzt 125.000 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums.
- 2 Trotzdem schließt der als „Lifestyle-Paragraph“ bekannte Abschnitt des Paragraphen 34 des fünften
- 3 Sozialgesetzbuches, Medikamente zur Rauchentwöhnung von der Erstattung durch die gesetzlichen
- 4 Krankenkassen aus. Für die Jungen Liberalen Saar sind jedoch Menschen, die unter ihrer
- 5 Nikotinsucht leiden, genauso als suchtkrank einzustufen, wie Patienten, die unter anderen
- 6 Drogenabhängigkeiten leiden. Daher steht ihnen, dieselbe medizinische Versorgung und Hilfeleistung,
- 7 wie allen Suchterkrankten, zu. Der Paragraph 34 des fünften Sozialgesetzbuches ist daher gehend so
- 8 abzuändern, dass die Kosten sämtlicher zur Rauchentwöhnung verfügend stehender Medikamente
- 9 von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 023/18

Antragssteller: LAK Gesundheit

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Vorsorge ist besser als Nachsorge

- 1 Um den bestmöglichen Schutz vor Infektionskrankheiten zu gewährleisten, müssen die
- 2 Schutzimpfungsrichtlinien des gemeinsamen Bundesfachausschusses zwingend überarbeitet werden.
- 3 Es darf nicht hingenommen werden, dass aufgrund von Kostenfragen gesetzlich Krankenversicherte
- 4 dem Risiko einer Infektion mit krankheitserregenden Viren oder Bakterien ausgesetzt werden. Daher
- 5 fordern die Jungen Liberalen Saar
- 6 - Die Kostenübernahme aller zugelassenen Impfungen gegen in Deutschland vorkommende
- 7 Erreger, deren Infektion ein Erkrankungsrisiko mit sich bringt. Vor allem die Impfung gegen
- 8 Humane Papillom-Viren muss in diesem Sinne unabhängig von Geschlecht und Alter der
- 9 Patienten, übernommen werden.
- 10 - Die Bereitstellung der jeweils höchstvalenten zugelassenen Impfstoffe für alle gesetzlich
- 11 Versicherten, um den Schutz vor möglichst vielen Viren- und Bakterienstämmen zu
- 12 gewährleisten.
- 13 - Die Kostenübernahme aller zugelassenen Reiseimpfungen und der Reiseimpfberatung durch
- 14 die gesetzlichen Krankenkassen, sobald die Absicht der Versicherten besteht, in ein
- 15 entsprechendes Risikogebiet zu reisen.
- 16 Die Mehrkosten für die gesetzlichen Krankenkassen sollen durch den Wegfall der Kostenübernahme
- 17 aller Heilmittel und Produkte, für die kein evidenzbasierter Mehrwert nachgewiesen werden kann,
- 18 ausgeglichen werden.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 024/18

Antragssteller: Kreisverband Saarpfalz

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Pseudogleichstellung beheben – Blutspenden für homosexuelle Männer auch ohne Zölibat

- 1 Die Jungen Liberalen Saar fordern eine von Geschlecht und Sexualität unabhängige Erlaubnis zur
- 2 Blutspende. Die abgebenden Blutspenden sind im Sinne des Infektionsschutzes wissenschaftlich
- 3 aktueller Untersuchungen zu unterziehen, um gegebenenfalls infektiöse Erreger nachweisen und
- 4 identifizieren zu können.

Begründung:

Um dem von europäischen Gerichtshof (EuGH) bestätigten Verbot der Diskriminierung gerecht zu werden, sind seit 2017 homosexuelle Männer nicht mehr grundsätzlich lebenslang von der Blutspende ausgeschlossen. Nach neuer BÄK-Richtlinie dürfen Männer, die gleichgeschlechtliche sexuelle Kontakte pflegen, zwölf Monate nach Beendigung dieses sogenannten "sexuellen Risikoverhaltens" nun Blut spenden.

Eine Frist von einem Jahr schließt den Großteil aller schwulen und bisexuellen Männer jedoch weiterhin unnötig von der Blutspende aus.

Weder die Tatsache, dass durch geschützten Geschlechtsverkehr das Übertragungsrisiko von HIV wesentlich minimiert werden kann, noch die inzwischen vorhandene Möglichkeit eine HIV-Infektion bereits nach sechs Wochen sicher diagnostizieren zu können, werden bei dieser Richtlinienänderung berücksichtigt.

Eine zwölfmonatige Enthaltensamkeitspflichtig ist nicht nur vollkommen realitätsfern, sondern schlicht unnötig und weiterhin diskriminierend.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 025/18

Antragssteller: LAK Gesundheit

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Kinderwunsch realisieren – Kinderwunschbehandlung ermöglichen

- 1 Rund sechs Millionen Männer und Frauen sind in Deutschland ungewollt kinderlos. Vielen dieser
- 2 sechs Millionen Menschen kann oder könnte durch medizinische Unterstützung der Traum vom
- 3 eigenen Kind erfüllt werden. Dies ist jedoch immer mit hohen Kosten für die Betroffenen verbunden,
- 4 welche nur teilweise von den Krankenkassen übernommen werden. Daher bleibt diese medizinische
- 5 Hilfeleistung vielen Kinderlosen vorenthalten. Auch die strengen Richtlinien für die anteilige
- 6 Kostenübernahme stellen für viele ein nicht überwindbares Hindernis zur Kinderwunschbehandlung
- 7 dar. So werden beispielsweise anonyme Samenspenden nicht mitfinanziert. Eizellspenden sind in
- 8 Deutschland aufgrund des Embryonenschutzgesetzes verboten.
- 9 Bei künstlicher Befruchtung mit Sameneigenspende übernehmen aktuell die gesetzlichen
- 10 Krankenkassen für verheiratete Paare 50 Prozent der Kosten der ersten drei Versuche, wenn die Frau
- 11 das 24. Lebensjahr abgeschlossen hat und das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten wird. Weitere
- 12 25 Prozent können (unabhängig vom Ehestatus für die ersten vier Versuche) nach Richtlinie des
- 13 BMFSFJ vom Bund und Bundesland gemeinsam übernommen werden. Dies gilt jedoch nur für Paare,
- 14 die in einem Bundesland leben, welches über entsprechende Förderrichtlinien besitzt. (aktuell Berlin,
- 15 Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen).
- 16 Die selbstaufzubringenden Kosten belaufen sich so auf ca. 6000 Euro pro Versuch (Erfolgsrate 20-
- 17 30%) und verwehren vielen Menschen die Realisierung ihres Kinderwunsches.
- 18 Die Jungen Liberalen Saar fordern daher eine Neuregelung der Voraussetzungen und der
- 19 Finanzierung der Kinderwunschbehandlungen.
- 20 - 100% Kostenübernahme für bis zu acht Versuche unabhängig vom Wohnort
- 21 ☐ 75% Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen
- 22 ☐ 25% Kostenübernahme durch den Staat (unabhängig vom Bundesland)
- 23 - Voraussetzung hierfür ist ein Alter der Frau zwischen 18 und 50

- 1 - Die Kostenübernahme erfolgt unabhängig vom Ehestatus. Auch Alleinstehenden steht die
- 2 Kostenübernahme zu
- 3 - Sowohl eigene Samenspende, als auch anonyme Samenspenden werden finanziert
- 4 - Eizellspende muss ebenfalls mitfinanziert werden. Das Embryonenschutzgesetz ist dem
- 5 hingegen zu ändern.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 026/18

Antragssteller: LAK Gesundheit

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Keine demographische Planwirtschaft auf Kosten von Versicherten

- 1 Die Jungen Liberalen Saar fordern eine Angleichung des Beitragssatzes der gesetzlichen
- 2 Pflegeversicherung zwischen Eltern und kinderlosen Personen.

Begründung

Aktuell beträgt der Beitragssatz für die gesetzliche Pflegeversicherung nach § 55 SGB XI bundeseinheitlich 2,55 Prozent der beitragspflichtigen Einnahmen. Für kinderlose Personen gibt es allerdings einen weiteren Beitragszuschlag von 0,025% nach Ablauf des Monats, in dem die Beitragszahler das 23. Lebensjahr vollendet haben.

Eine solche Ungleichbehandlung aufgrund individueller Familien- und Lebensplanung ist nicht hinnehmbar. Egal ob Mutter, Vater, gewollt oder ungewollt kinderlos, für die Pflegeversicherung darf dies keinen Unterschied machen.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 027/18

Antragssteller: Kreisverband Saarpfalz

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Individuelle Mitgliederbetreuung für mehr Attraktivität

1 Liberalismus lebt von Individualität und Diversität. Auf Beides sind sowohl Junge Liberale als auch die
 2 Freien Demokraten angewiesen. Beides wird jedoch innerhalb der Mitgliederstruktur bei Weitem noch
 3 nicht ausreichend erreicht. Um dies zu ändern, muss innerhalb der FDP an vielen Strukturen
 4 gearbeitet werden, damit sich alle Mitglieder der Partei wohl fühlen und alle Mitglieder der Gesellschaft
 5 von der Politik der Freien Demokraten angesprochen werden.

6 Um dies zu erreichen fordern die Jungen Liberalen die Umsetzung folgender Punkte:

7 Individuelle Interessensvertretung durch mehr Vorfeldorganisationen

8 Traurig nehmen die Jungen Liberalen Saar zur Kenntnis, dass es beispielsweise immer noch keinen
 9 aktiven LiSI-Verband im Saarland gibt. Aber auch andere Vorfeldorganisationen sind im Saarland
 10 stark unterrepräsentiert. Die Jungen Liberalen berufen sich auf eine aktive Förderung von sämtlichen
 11 Vorfeldorganisationen, welche individuelle Interessen in der FDP vertreten. Die Gründung solcher
 12 Vorfeldorganisationen muss vereinfacht werden und vom Landesvorstand der FDP unterstützt
 13 werden. Des Weiteren rufen die Jungen Liberalen Saar den Landesvorstand der FDP dazu auf, bei
 14 Landesmitgliederversammlungen, Landeskongressen oder ähnlichen Veranstaltungen der
 15 Vorfeldorganisationen, vermehrt Anwesenheit und Interesse zu zeigen, damit die Arbeit aus den
 16 Vorfeldorganisationen in die Landespartei einfließen kann. Die jeweiligen Landesvorsitzenden der
 17 Vorfeldorganisationen sollen weiterhin zu allen Landesvorstandssitzungen eingeladen werden und
 18 dort mindestens auch Rederecht haben.

19 Neumitglieder endlich angemessen betreuen

20 Gerade für Neumitglieder ist es oft schwer, sich in den bestehenden Strukturen der Freien
 21 Demokraten zurechtzufinden. Oftmals besteht auch bei Orts- oder Kreisvorsitzenden nicht die
 22 Möglichkeit, Neumitglieder im Verband angemessen willkommen zu heißen und eine Einführung in die
 23 Partei zu bieten. Um das Potential von Neumitgliedern aber nicht sofort wieder zu verlieren, fordern

1 die Jungen Liberalen Saar eine individuelle Betreuung der Neuankömmlinge in der Partei. Neben
2 Neumitgliedertreffen, -stammtischen, -seminaren, bei denen möglichst auch Vorstandsmitglieder der
3 Freien Demokraten anzutreffen sein sollen, verlangen die Jungen Liberalen die Erarbeitung eines
4 Patenschaftskonzeptes für Neumitglieder. Erfahrene Mitglieder sollen sich hierfür zum Paten über
5 Seminare ausbilden lassen können. Neumitglieder bekämen so bei Interesse die Auswahl zwischen
6 verschiedenen Ansprechpartnern, die sie als individuelle Neumitgliederpate betrachten könnten.

7 **Förderung nach Leistung**

8 Die Jungen Liberalen Saar sind sich sicher, dass viel Potential in der Basismitgliedschaft der Freien
9 Demokraten schlummert. Gefördert wird dieses Potential jedoch häufig recht einseitig. Besonders
10 Mitglieder aus kleineren Orts- und Kreisverbänden werden oft benachteiligt. Ein breiteres Angebot an
11 Lehrveranstaltung bezüglich politischer Führungs-, Presse- und Organisationsarbeit, sowie Rhetorik-
12 Trainings müssen allen Basismitgliedern bei Interesse zugänglich gemacht werden. Nur so kann sich
13 letzten Endes Talent, Begabung und Motivation durchsetzen.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 028/18

Antragssteller: Kreisverband Saarpfalz

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

24 Stunden-Kitas braucht das Land

- 1 Sowohl berufstätige Alleinerziehende, als auch im Schichtdienst arbeitende Eltern sind auf flexible
- 2 Betreuungsangebote und durchgehende Öffnungszeiten der Kindertagesstätten angewiesen, um
- 3 Beruf und Kinderbetreuung miteinander vereinbaren zu können. Die Jungen Liberalen Saar fordern
- 4 daher für jeden Landkreis mindestens eine ausreichend große Kindertagesstätte, die 24 Stunden lang
- 5 geöffnet ist und damit eine umfassende Betreuungsmöglichkeit bietet. Die Trägerschaft dieser
- 6 Kindertagesstätten sollen die Kommunen übernehmen.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 029/18

Antragssteller: Olga Reichold

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Selbstbestimmung auch nach dem Tod – Abschaffung des Friedhofszwangs

- 1 Die Jungen Liberalen setzen sich dafür ein, den Friedhofszwang in Deutschland abzuschaffen.
- 2 Darunter versteht man ein seit 1934 geltendes Gesetz, dass die Bestattung von Angehörigen
- 3 außerhalb des Friedhofes verbietet. Was Anfang des letzten Jahrhunderts aus hygienischen Gründen
- 4 noch sinnvoll war, ist heute nur noch ein Eingriff in die Persönlichkeit. Denn selbst wenn noch zu
- 5 Lebzeiten ein Angehöriger den Wunsch äußert, beispielsweise auf dem eigenen Grundstück bestattet
- 6 zu werden oder als eine Urne im Wohnzimmer der Familie aufbewahrt zu werden, schreibt das Gesetz
- 7 die Bestattung auf einem Friedhof vor, sogar bei Urnen.

- 8 Anstatt dem geltenden Friedhofszwang soll stattdessen erlaubt werden, Urnen zuhause
- 9 aufzubewahren oder die Asche nach dem Wunsch des Verstorbenen zu verstreuen. Für Gräber auf
- 10 eigenem Privatgrundstück sollte gelten, dass diese

- 11 1. in einer dünn besiedelten Region liegen,
- 12 2. außerhalb der Sichtweite der Nachbarn liegen oder diese keine Einwände gegen die Gräber
- 13 haben,
- 14 3. das Privatgrundstück eine Mindestanzahl an Quadratmetern aufweist,
- 15 4. unter denselben Standards (Grabtiefe, etc...) wie auf dem Friedhof angelegt werden.

Begründung:

Der Friedhofszwang ist problematisch, da für viele Angehörige die hohen Grabnutzungsgebühren eine finanzielle Belastung darstellen. Vor dem Hintergrund, dass sogar eine Seebestattung nur durch einen Bestatter vollzogen werden darf, verwundert es nicht, dass sich viele Angehörige schlicht und ergreifend „abgezockt“ fühlen.

Ein viel größeres Problem ist jedoch, dass die meisten Gräber nach einer gewissen Ruhefrist, je nach Land zwischen 6 und 20 Jahren, geräumt werden müssen. Somit bleibt den Angehörigen kein Ort, um für seinen Freunde und Familienmitglieder zu trauern.



A 030/18

○ angenommen		○ abgelehnt
ja	nein	Enthaltungen

Antragsteller: Jan Jakob Langer, Maria Kinberger

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Gerechte Wahl auch im Saarland

- 1 Die Jungen Liberalen fordern den Ersatz des bei Kommunal- und Landtagswahlen im Saarland
- 2 verwendeten Sitzzuteilungsverfahrens D'Hondt durch das Sitzverteilungsverfahren Sainte-Laguë.

Begründung:

Das Sitzzuteilungssystem D'Hondt bevorzugt große Parteien und spiegelt somit den proportionalen Stimmanteil der Parteien bei Wahlen nur verzerrt wider. Entsprechend wurde in fast allen anderen Bundesländern das Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen diesbezüglich angepasst; außerdem wird Sainte-Laguë ebenfalls als Sitzverteilungsverfahren bei Bundestagswahlen verwendet.

Beispiel: Bei der Landtagswahl 2012 erhielt die SPD 30,6 % der Stimmen, die Grünen erhielten 5,0 %. Durch das Sitzzuteilungsverfahren D'Hondt erhielt die SPD 17 von 51 Sitzen (33,3 %), die Grünen 2 von 51 (3,9 %).

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 031/18

Antragssteller: Bezirksverband Saarbrücken

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Hygiene darf kein Luxus sein!

1 Die Jungen Liberalen Saar fordern:

- 2 - Damenhygieneprodukte zur Anwendung während der Menstruation sind mit einem
- 3 ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7% zu versteuern.
- 4 - Der Staat sollte mit gutem Beispiel vorangehen und Damenhygieneprodukte einfacher
- 5 zugänglich machen. Daher sollten auf "öffentlich-zugängliche" Toiletten Automaten
- 6 zur Verfügung stehen. In diesen sollten Damenhygieneprodukte verkauft werden.
- 7 - Auch Kondome sind mit einem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7% zu besteuern.
- 8 - Langfristig sollte eine generelle Umstrukturierung der Mehrwertsteuer das Ziel sein.

Begründung:

Im Jahre 2018 werden immer noch etliche Hygienemittel, wie beispielsweise Tampons, Binden etc. mit der Luxussteuer von 19% besteuert. Diese Mittel sollten jedoch für jeden Menschen leicht zugänglich und kostengünstig zu erhalten sein, da diese kein Luxus, sondern eine biologisch bedingte Notwendigkeit darstellen. Keine biologische, aber eine gesundheitliche Notwendigkeit ist das Kondom. Es ist das einzige Verhütungsmittel, das auch vor Geschlechtskrankheiten schützt. Deshalb stellt dieses ebenso kein Luxusartikel dar und sollte niedriger besteuert werden.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 032/18

Antragsteller: Bezirksverband Saarbrücken

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Freiheit für Händler und Verbraucher- Öffnungszeiten im Saarland endlich anpassen!

- 1 Die Jungen Liberalen Saarland fordern eine Änderung des Ladenöffnungszeitengesetzes (LÖG) im
- 2 Saarland. Das Saarland muss sich den sich ständig ändernden Gegebenheiten anpassen.

3 **Daher fordern wir:**

- 4 1. eine Verlängerung der Öffnungszeiten von 6 bis 20 Uhr auf 6 bis 24 Uhr,
- 5 2. die Möglichkeit für Ladenbesitzer auch an Sonn- und Feiertagen öffnen zu können,
- 6 3. Geschäften soll es weiterhin freigestellt sein auch früher zu schließen.

Begründung:

Das Saarland ist zusammen mit Bayern das einzige Bundesland, welches sich an die Umstände seiner Einwohner aufgrund von religiöser Argumentation im LÖG nicht anpasst. In der Mehrheit der deutschen Bundesländer wurden die Öffnungszeiten auf 24 Uhr verlängert. Eine Verlängerung der Öffnungszeiten und die Möglichkeit auch an Sonn- und Feiertagen öffnen zu können würde für Verbraucher eine Entlastung und für Händler eine bessere Ausgangslage bedeuten.

Mit einer Änderung des LÖG soll Händlern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Öffnungszeiten der Nachfrage anzupassen. Mit Sorge betrachten wir die fortschreitende Verödung der Innenstädte im ganzen Saarland. Wir befürworten die Möglichkeit des Online-Shoppings, dennoch ist ein persönlicher Kontakt mit dem Anbieter weiterhin aus Sicht der meisten Kunden wünschenswert.

Für die meisten Berufstätigen ist es allerdings schwierig die Woche über Einkäufe zu tätigen, aus diesem Grund steigt in ganz Deutschland die Inanspruchnahme von Lieferservices. Für Händler bedeutet dies einen deutlichen Umsatzverlust, welcher sich in vergangener Zeit deutlich gesteigert hat. Eine solche Verlängerung würde, anders als des Öfteren argumentiert, keinesfalls einen Nachteil für Angestellte darstellen.

Es gelten für die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weiterhin die Vorschriften des § 11 des Arbeitszeitgesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170) in der jeweils geltenden Fassung. Wenn ein Geschäft nun vier Stunden länger geöffnet hat, müsste ein Arbeitgeber ggf. Eine weitere Schicht einführen, bzw. Einen zusätzlichen Arbeiter einstellen. Dies würde im Endeffekt mehr Arbeitsplätze schaffen. Unserer Meinung nach gibt es zudem keinen Grund, warum Geschäfte an Sonn- und Feiertagen geschlossen sein müssen.



○ angenommen		○ abgelehnt
ja	nein	Enthaltungen

A 033/18

Antragsteller: Liberale Schüler Saar, Bezirksverband Saarbrücken, Maria Kinberger

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Reform des Religionsunterrichts

- 1 Die Jungen Liberalen Saar fordern eine Reform des Religionsunterrichts. Die Trennung nach
- 2 Konfessionen bzw. Religionen von der Grundschule an ist abzuschaffen. Die Kinder sind in den
- 3 jeweiligen Klassen in einem Fach „Werte und vergleichende Religionslehre“ von Klasse 1 an bis zur
- 4 Klasse 10 zu unterrichten. In diesen sollen die Schüler ergebnisoffen, kritisch und neutral an
- 5 gesellschaftliche, philosophische und religiöse Fragestellungen herangeführt werden. Dabei müssen
- 6 auch Perspektiven aus allen Weltreligionen eingebracht werden. Lehrpersonen müssen
- 7 entsprechende Fortbildungen besuchen. Ziel soll es sein, mit Erwerben des Hauptschulabschlusses
- 8 ein kritischer denkender Mensch mit grundlegender Allgemeinbildung über die Weltreligionen zu
- 9 haben.
- 10 In der gymnasialen Oberstufe sollte allerdings die Möglichkeit bestehen, zwischen einem Fach
- 11 „Allgemeiner Ethik“ und „Religionswissenschaften“ zu wählen, sodass schlussendlich jeder Freiheit
- 12 hat, mit welchem Thema er sich bevorzugt beschäftigen möchte.
- 13 Pfarrer und Priester sind beim Einsatz als Lehrpersonen im Vorfeld zu prüfen, damit sie eine
- 14 Lehrerlaubnis erhalten. Bei ihnen sind regelmäßige Unterrichtskontrollen anzusetzen, um die
- 15 Neutralität dieser zu bewahren.

Die Begründung erfolgt mündlich.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 034/18

Antragsteller: Bezirksverband Saarbrücken

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Für einen angemessenen Umgang mit Glyphosat

- 1 Die Jungen Liberalen Saar setzen sich gegen Verbote der Nutzung des Herbizids Glyphosat für
- 2 Landwirte ein, solange keine Alternativen auf dem Herbizidmarkt für Landwirte verfügbar sind. Dafür
- 3 muss auch von staatlicher Seite aus die Forschung an alternativen Herbiziden aktiv unterstützt
- 4 werden.
- 5 Es muss auf Dauer angestrebt werden, nur noch möglichst geringtoxische und auf die Biodiversität
- 6 weniger einflussnehmende Herbizide zum Einsatz zu bringen.

Begründung:

Glyphosat ist ein Unkrautvernichter, der besonders in der Landwirtschaft Verwendung findet und dessen Benutzung gemäß aller bisher dazu aufgenommenen Studien in keiner Verbindung mit Kanzerogenität steht.

Im Sinne der Biodiversität ist es wünschenswert, die Nutzung von Herbiziden im privaten Anwendungsbereich zu reduzieren. In der Landwirtschaft allerdings ist es als Landwirt nicht möglich, profitabel zu arbeiten, ohne auf Unkrautvernichter zuzugreifen. Glyphosat ist gut erforscht und als einziges zugelassenes Totalherbizid gegen nahezu alle Unkräuter wirksam. Ein Verbot von Glyphosat würde dazu führen, dass andere Herbizide, die nur bei bestimmten Pflanzen wirken in Kombination verwendet würden (z.B. Flufenacet und Isoxaben VA), allerdings ist deren Wirkung im Zusammenspiel nicht bekannt und könnte zu toxischen Reaktionen führen.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 035/18

Antragssteller: Kreisverband Merzig-Wadern

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Verkehrssicherheit erhöhen – Countdown-Ampeln einführen

- 1 Die Jungen Liberalen Saar fordern ein Überdenken des Ampelsystems in Deutschland. Wir sprechen
- 2 uns dabei für die Einführung von Countdown-Ampeln aus, die an verkehrsriskanten Punkten für
- 3 Fußgänger eingesetzt werden sollen. Dabei zählen die Ampeln die Sekunden herab bis diese wieder
- 4 auf grün schalten.

Begründung:

Die Einführung solcher Ampeln hat gezeigt, dass sich dadurch die Verkehrssicherheit erhöht und die Anzahl derer, die bei Rot über die Straße laufen sich verringert hat. Laut Angaben des ADAC hat sich die Anzahl der über Rot laufenden Menschen um ein Drittel verringert.

<input type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> abgelehnt
ja	nein
	Enthaltungen

A 036/18

Antragsteller: Marek Winter, Julien Simons

Der Landeskongress der Jungen Liberalen Saar möge beschließen:

Staatliches Gewaltmonopol sichern

- 1 Die Jungen Liberalen Saar setzen sich weiterhin dafür ein, dass das staatliche Gewaltmonopol auch
- 2 ausschließlich vom Staat durchgesetzt wird. Versuchen, polizeiliche Aufgaben auf das Ordnungsamt
- 3 zu übertragen, stehen wir entschieden ablehnend gegenüber. Zum einen sind die Mitarbeiterinnen und
- 4 Mitarbeiter des Ordnungsamtes dahingehend nicht ausgebildet. Zum anderen ist auch beim
- 5 Ordnungsamt zunehmend eine Unterpersonalisierung zu beobachten.
- 6 In Fällen, wie beispielsweise dem Nauwieser Viertel, wo kurzfristig ein Bedarf dermaßen steigt, dass
- 7 die Polizei den örtlichen Begebenheiten nicht mehr gerecht werden kann, sind private
- 8 Sicherheitsdienstleister einzusetzen.
- 9 Dies versteht sich nur als Übergangslösung. Langfristig muss die Kapazität an vollausgebildeten
- 10 saarländischen Polizisten derart ausgebaut werden, dass sie dem Bedarf auch tatsächlich gerecht
- 11 wird. Gleiches gilt auch für die Personalsituation beim Ordnungsamt.

Die Begründung erfolgt mündlich.